

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Schulabbrüche verhindern – berufliche Bildung stärken, Fachkräfte sichern, wirtschaftlichen Abstieg stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Saarland ist Industrieland im Strukturwandel. Mit unserer deutschlandweit einzigartigen Branchenkonzentration in der Automobilbranche und im Metallgewerbe einschließlich Stahl sind wir wie kein anderes Bundesland von der aktuellen Wirtschaftskrise und der Deindustrialisierung betroffen. Viele Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel oder sind bereits verloren gegangen.

Die wirtschaftlichen Eckdaten sprechen eine deutliche Sprache: Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt das Saarland bundesweit auf dem letzten Platz. Die Arbeitslosenquote stagniert bei 7,5 Prozent – eine Frühjahrsbelebung blieb aus. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2024 um 1,9 Prozent eingebrochen – ebenfalls bundesweites Schlusslicht. Die Schere zwischen dem Saarland und dem Bundesdurchschnitt öffnet sich weiter. Dieser Abwärtstrend gefährdet nicht nur unseren Wirtschaftsstandort, sondern auch den sozialen Zusammenhalt.

Ein zentraler Baustein für eine nachhaltige wirtschaftliche Wende ist die Stärkung der beruflichen Bildung. Sie ist das Rückgrat unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft. Doch: Jährlich verlassen rund 50.000 Jugendliche in Deutschland die Schule ohne Abschluss. Auch im Saarland ist die Schulabbrecherquote mit 7,2 % der Jugendlichen leicht über dem Bundesdurchschnitt und sehr besorgniserregend – insbesondere in strukturschwachen Regionen. Das wirkt sich dramatisch auf den Fachkräftemangel aus: Fast die Hälfte der Ausbildungsbetriebe kann ihre Stellen nicht besetzen.

Bildungsarmut und Wirtschaftsschwäche bedingen sich gegenseitig – beide Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden. Nur mit einem klaren Fokus auf berufliche Bildung, praxisnahe Förderung und strukturelle Reformen können wir jungen Menschen echte Perspektiven bieten und zugleich die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Saarlandes sichern.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:**1. Die schulische Bildung gezielt zu verbessern, durch:**

- Programme zur Reduktion von Schulabbrecherquoten, insbesondere in sozial benachteiligten Regionen;
- den Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen (z. B. Schulsozialarbeit, Jugendhilfe);
- eine intensivere individuelle Förderung, besonders in der Sekundarstufe I;
- die Durchführung verpflichtender Sprachstandserhebungen bei neu ankommenden Schülerinnen und Schülern – unabhängig von Alter und Schulform – verbunden mit gezielter Sprachförderung.

2. Die berufliche Bildung nachhaltig zu stärken, durch:

- frühzeitige Berufsorientierung ab Klasse 7 in allen Schulformen;
- Ausbau schulischer und betrieblicher Kooperationen, u. a. durch Praktika, regionale Ausbildungsmessen und Schulpartnerschaften;
- Unterstützung von Verbundausbildungen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten;
- Einführung verpflichtender Deutschkurse für Schülerinnen und Schüler mit unzureichenden Sprachkenntnissen;
- Zusätzliche Einbindung externer Sprachförderlehrkräfte zur Entlastung des Regelunterrichts;
- gezielte Weiterentwicklung der Ausbildungsvorbereitung angesichts der gewachsenen Heterogenität, durch:
 - bessere personelle Ausstattung,
 - stärkere sprachliche Förderung,
 - modularisierte, individualisierte Angebote.

3. Ein intensives Unterstützungssystem für Schulabbrecherinnen und -abbrecher zu etablieren, durch:

- individuelle Programme zur Reintegration in Schule oder Ausbildung;
- zusätzliche Angebote der flexiblen Nachholmöglichkeiten für Schulabschlüsse prüfen (z. B. berufsbegleitend, modularisiert), orientiert an erfolgreichen internationalen Modellen;
- verbindliche Intensivdeutschkurse vor Eintritt in die Ausbildungsvorbereitung und Berufsfachschule, sofern keine ausreichenden Sprachkenntnisse vorliegen;
- Einrichtung von Sprachzentren an Berufsbildungszentren für grundlegende Deutschförderung, verbunden mit staatsbürgerlicher Grundbildung. Hier können Ressourcen gebündelt, Sprachtestungen durchgeführt und Sprachkurse in verschiedenen Altersgruppen und Niveaustufen auf den Regelunterricht vorbereiten;
- klare Voraussetzungen für den Zugang zu Ausbildungsvorbereitung und Berufsfachschule: Sprachkompetenz muss Eingangsvoraussetzung sein.

- stärkere Unterstützung von Klein- und Kleinstbetrieben insbesondere von der Ausbildungsvertragsanbahnung bis in die Ausbildungsbegleitung;

Um diese Maßnahmen zu ergänzen und nachhaltig abzusichern, ist darüber hinaus zu prüfen:

Die Einführung einer Ausbildungspflicht bis 18 Jahre nach österreichischem Vorbild als Modellregion. Ziel ist es, allen Jugendlichen ohne Schulabschluss oder ohne Ausbildungsplatz eine verbindliche Perspektive zu eröffnen – sei es durch den weiteren Schulbesuch, die Teilnahme an dualer Ausbildung oder an qualifizierenden Bildungsangeboten. Eine solche Pflicht wirkt präventiv gegen Bildungsabbrüche, unterstützt die soziale Integration und ist ein wichtiger Baustein zur Fachkräftesicherung. Zur Umsetzung ist ein entsprechendes Koordinationssystem vorzusehen, das insbesondere auch die unter Punkt 3 beschriebenen Unterstützungsangebote systematisch einbindet.

4. **Ein „Institut für berufliche Bildung“ einzurichten, um die Aus- und Weiterbildung im Saarland systematisch zu verbessern.** Ziel ist die Vernetzung relevanter Akteure (Schulen, Kammern, Ausbildungspartner, Studienseminare, politische Stakeholder), die Vermeidung von Doppelstrukturen sowie die Entwicklung effizienter, strukturierter Angebote zur Berufsorientierung und Weiterbildung. Das Institut soll insbesondere daran arbeiten:
 - bestehende Angebote zu bündeln und abzustimmen,
 - digitale, pädagogisch sinnvolle Berufsorientierungssysteme (z. B. KI-gestützte Matching-Tools) zu fördern,
 - insbesondere an Gymnasien die Berufsberatung in der Sekundarstufe II auszubauen, um auch dort berufliche Bildung als gleichwertigen Weg zu vermitteln.
5. **Die Bildungswege- und Berufsberatung systematisch auszubauen.** Diese Beratung soll aufeinander aufbauende Maßnahmen ermöglichen, um individuelle Findungsprozesse zu unterstützen und unnötige Bildungsabbrüche zu verhindern. Eine besondere Rolle können hierbei auch digitale Instrumente spielen, wie etwa:
 - datengestützte Praktikumsempfehlungen,
 - KI-basierte Matching-Verfahren für Ausbildungsplätze,
 - vernetzte Informationssysteme für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Betriebe.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.